

Sofortinformation über die Beratung des Parteivorstandes am 20./21. April 2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach längerer Zeit traf sich der Parteivorstand zu einer Präsenztagung im Karl-Liebnecht-Haus. Am Samstagvormittag wurde sich mit der aktuellen Untersuchung von Oxfam zur Verteilung des Reichtums beschäftigt. Tobias Hauschild und Manuel Schmitt (beide Oxfam) stellten dar, dass „die tatsächlichen Steuersätze von Superreichen weit unter den vorgesehenen Höchststeuersätzen liegen, während der Mittelstand mit einem höheren Anteil seines Einkommens zum Steuer- und Abgabenaufkommen beiträgt“. ¹ Würde die Vermögensteuer auf das Niveau der Schweiz angehoben werden, so lägen die Mehreinnahmen bei etwa 73 Mrd. Euro. In einem zweiten Teil stellte Raoul Didier, Abteilungsleiter Steuern, die Analysen und Positionen des DGB zur Einführung einer Vermögensteuer vor. Im Anschluss an die gute Diskussion beschloss der Parteivorstand einstimmig den Antrag „Milliardär*innen abschaffen“. „In Deutschland sieht das Grundgesetz eine Vermögensteuer vor. Die Linke will sie wiedereinführen und progressiv gestalten: 1 Prozent ab 1 Million Euro Netto-Vermögen, 5 Prozent ab 50 Millionen Euro. (...) Für Vermögen oberhalb von 1 Milliarde Euro legen wir die Milliardärsteuer von 12 Prozent fest.“

Katina Schubert stellte den bisherigen Arbeitsplan für die kommenden 18 Monate vor. In Sicht sind ja bereits die Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni. Im Herbst stehen die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen an. Terminiert sind auch bereits die zwei Bundesparteitage (18. bis 20.10.24 in Halle, 9. bis 11.5.25 in Chemnitz). Und im Herbst 2025 findet die Bundestagswahl statt. Die Diskussionen und Rückmeldungen waren positiv, da die Präsentation einen strategischen Gesamtrahmen beschrieb. Diese Diskussionen werden nun weiter qualifiziert.

Komplementär zu unserer Strategiedebatte diskutierten wir am Sonntagmorgen mit Mario Candeias seine Untersuchungen zu den Wähler*innen-Milieus bzw. -potenzialen der Linken.² Carsten Braband warf anschließend den Blick auf die Veränderungen bei den Wähler*innen der Linken.

Unsere Europawahlkampagne wird bundesweit langsam immer sichtbarer. Hierfür stellte Ates Gürpınar die begleitenden kommunikativen Schwerpunkte der kommenden Wochen vor.

Weitere Themen der aktuellen Verständigung waren die Kindergrundsicherung, die Debatte und Abstimmung im Bundestag zum Gleichstellungsgesetz und die die Klage gegen das neue Wahlrecht vor dem Bundesverfassungsgericht.

Einen intensiveren Blick warf der Parteivorstand auf die Lage im Nahen Osten. Als Gast begrüßten wir dazu Jan van Aken von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er berichtete von der Situation im Allgemeinen im Nahe Osten und von in Israel, Gaza und dem Westjordanland im Besonderen.

¹ <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/superreiche-gerecht-besteuern>

² <https://www.rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht>

Aufgrund der jüngsten Ereignisse beschloss der PV einen Antrag, der die Repression gegen den Berliner Palästina-Kongress kritisierte. „Dieses Vorgehen reiht sich ein in ein repressives Vorgehen staatlicher Behörden gegen propalästinensische Meinungsäußerungen und Versammlungen. (...) Ein unverhältnismäßiges Vorgehen der Sicherheitsbehörden schadet dagegen langfristig der Demokratie sowie dem Kampf gegen Antisemitismus.“

Robert Maruschke und Jos Brämer (beide Bereich Politische Bildung) stellte die Ergebnisse der Telefonaktion vor. Der Parteivorstand bedankte sich sehr herzlich bei beiden für die gelungene Aktion und nahm den Abschlussbericht zur Kenntnis.

Kathi Gebel und Maja Tegler berichteten von der Feministischen Kommission.

Gunhild Böth berichtete von der Konstituierung des Bundesausschusses. Schwerpunkt des Treffens im März war der Kampf gegen rechts und die Überlegungen für eine Strategie. Weitere Themenschwerpunkte der Beratung im März waren die Wahlkämpfe, der Finanzplan für das Kalenderjahr 2024, das Bedingungslose Grundeinkommen und die Strukturreform.

Der Parteivorstand beschloss die Unterstützung der Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen.

Ates Gürpınar und Jörg Schindler berichteten über den aktuellen Stand der AG zum BGE.

Bis zum 1.9.2024 können sich Kreisverbände um den Preis für barrierefreie Geschäftsstellen bewerben.

Der Parteivorstand nahm den Vorschlag für die Sitzungsplanung bis Ende 2025 zur Kenntnis.

Der Parteivorstand berief Matthias Höhn zum neuen Geschäftsführer der FEVAC und Katina Schubert und Jörg Schindler zu neuen Gesellschaftern. Den ausgeschiedenen Gesellschaftern Uwe Hobler und Ruth Kampa wurde gedankt.